

Sofortprogramm einer SPD geführten Landesregierung

Auf der Grundlage des SPD-Regierungsprogramms werden die folgenden Sofortmaßnahmen eingeleitet.

Sie werden finanziert durch Umschichtungen aus anderen Haushaltsstellen (so z. B. Auflösung der Stiftung Innovationsfond), Steuermehreinnahmen der November-schätzung 2007 und Überschüsse des laufenden Jahres – unter anderem bestehend aus nicht entstandenen Zinsaufwendungen, Entnahmen aus dem Landesliegenschafts- und dem Agrarstrukturfonds, sowie aus Rücklagen und Haushaltsresten der Vorjahre.

- Die Konsolidierung des Landeshaushaltes wird dabei durch eine jährliche Senkung der Nettokreditaufnahme um 350 Mio. Euro weitergeführt.

I. Innovationen in der Wirtschaft fördern

1. Es werden alle notwendigen Schritte unternommen, um die Zukunft der Airbus-Werke in Niedersachsen zu sichern.

Mitteinsatz: 10 Mio. Euro und 10 Mio. als Verpflichtungsermächtigung.

2. Die im Landeshaushalt für den Innovationsfonds eingestellten Mittel in Höhe von 40 Mio. Euro werden umgewidmet und aufgestockt. Sie stehen vor allem für mittelständische Betriebe bereit. Zentrale Schwerpunkte dieser neu gestalteten Innovationsförderung sind: Innovationen in der Wirtschaft, Projekte des Klimaschutzpaktes und energetische Gebäudesanierung.

Mitteinsatz: 51 Mio. Euro.

3. Die landesseitige Gegenfinanzierung für die Programme „Stadtumbau West“ und „Soziale Stadt“ wird vollständig zur Verfügung gestellt.
Miteinsatz: 3,2 Mio. Euro.

II. Nachhaltige Umweltpolitik

1. Es wird ein „runder Tisch“ für die Etablierung des Klimaschutzpaktes mit allen Akteuren dieses Bereiches eingerichtet.
2. Als erste Maßnahme der im Rahmen des Klimaschutzpaktes laufenden „Landesinitiative Energieeffizienz“ wird die Energieversorgung der Landesbehörden auf regenerative Energien umgestellt.
Miteinsatz: siehe Mittel für Innovationsförderung
3. Das 2007 abgelehnte „Erdkabel“- Gesetz der SPD-Landtagsfraktion wird erneut in den Landtag eingebracht.
4. Das Festhalten an der bestehenden Regelung über die Restlaufzeiten der Atomkraftwerke wird von der Landesregierung unterstützt.

III. Arbeitsmarkt sozial gestalten

1. Das Landesvergabegesetz wird in der unter der SPD-Landesregierung von 2003 geltenden Form wieder in Kraft gesetzt.
2. Zur Altersteilzeit und des flexiblen Überganges in die Rente wird eine Bundesratsinitiative gestartet, ebenso wie für eine sozial gerechte Regelung der Leiharbeit. Die Bundesratsinitiative zur Einführung eines Mindestlohnes wird unterstützt.
3. Gemeinsam mit Arbeitgebern und Gewerkschaften wird ein Sofortprogramm für unversorgte Lehrstellenbewerberinnen und -bewerber gestartet.
4. Das MK wird beauftragt, das Programm „Recht auf Ausbildung“ an den Berufsbildenden Schulen umzusetzen.
Miteinsatz: 6 Mio. Euro und Synergien durch Wegfall schulischer Warteschleifen.

IV. Hochschulen ausbauen

1. Die Studiengebühren werden zum Sommersemester 2008 abgeschafft. Den Hochschulen werden die fehlenden Einnahmen vom Land zur Verfügung gestellt.
Mittelsatz: 82 Mio. Euro.
2. Es wird ein Fachhochschulentwicklungsprogramm aufgelegt, vor allem für den Ausbau der Kooperation zwischen Hochschule und Wirtschaft.
Mittelsatz: 18 Mio. Euro.

V. Frühkindliche Bildung und Schulen stärken

1. Die Sprachförderung wird mit aufgestockten Mitteln nur bei den Kindertagesstätten angesiedelt, verbunden mit einer Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher.
Mittelsatz: 2 Mio. Euro.
2. Zur Gewährleistung einer Unterrichtsversorgung von echten 100 Prozent wird den Schulen ein Budget für den Ausgleich kurzfristiger Unterrichtsausfälle in eigener Zuständigkeit zur Verfügung gestellt.
Mittelsatz: 6 Mio. Euro.
3. Die Lernmittelfreiheit wird wieder eingeführt.
Mittelsatz: 20 Mio. Euro.
4. Für Schülerinnen und Schüler aus finanzschwachen Familien wird ein Fonds für Fahrkosten, kostenfreiem Mittagstisch und Hausaufgabenhilfe geschaffen.
Mittelsatz: 6 Mio. Euro.
5. Mit dem langfristigen Ziel des Aufbaus eines flächendeckenden Netzes von echten Ganztagschulen mit Nachmittagsunterricht werden erste Mittel eingestellt.
Mittelsatz: 12 Mio. Euro.
6. Das Errichtungsverbot für Gesamtschulen wird zum Schuljahr 2008/2009 aufgehoben.
7. Zugleich wird das MK beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen für die Einführung von „Gemeinsamen Schulen“ durch Erhebung des Elternwillens ab dem Schuljahr 2009/2010 zu erarbeiten.
8. Auf den Weg gebracht wird eine mittel- bis langfristige Lehrkräftebedarfsplanung für Niedersachsen, um für die zukünftigen Lehrkräfte, aber insbesondere für das

Land, eine ausreichende Planungs- und Handlungsgrundlage zu schaffen.

VI. Sozialpolitische Umorientierung

1. Das MS wird beauftragt, ein Kinderschutzgesetz und ein Programm „Kinder schützen – Kinder fördern“ zu erarbeiten. Kernpunkte sind flächendeckende Vorsorgeuntersuchungen in Kindertagesstätten und Grundschulen, aufsuchende Familienhilfen sowie Beratungsangebote für Eltern in Familienzentren.

Mitteleinsatz: 21 Mio. Euro.

2. Einrichtung eines 24-Stunden-Notruftelefons für Kinder und Jugendliche.
3. Der Landesjugendhilfeausschuss, seine Aufgabenstellung und seine Zusammensetzung werden wieder auf gesetzlicher Grundlage gesichert und die Einheit der Jugendhilfe wieder hergestellt.
4. Es wird ein Qualifizierungs- und Beratungsprogramm für die berufliche Gleichstellung von Frauen aufgelegt.
5. Das MS wird beauftragt, ein Landesprogramm zur Bekämpfung der Altersdiskriminierung zu entwickeln.
6. Zur Sicherung qualifizierten Pflegepersonals und zur Vermeidung eines Pflegenotstandes wird die Umlagefinanzierung in der Altenpflege wieder eingeführt.
7. Eine Expertenkommission auf Landesebene zur Weiterentwicklung der Behindertenhilfe für ein gleichberechtigtes, selbstbestimmtes Leben wird berufen.

Mitteleinsatz: 500.000 Euro.

8. Eine Bundesratsinitiative wird gestartet, mit dem Ziel einen Nachteilsausgleich für alle Menschen mit Behinderten durch ein Teilhabegeld einzuführen.

VII. Innenpolitik

1. Ein Pensionsfonds für Beamtinnen und Beamte wird eingerichtet.

Mitteleinsatz: 15 Mio. Euro.

2. Der Kommunale Finanzausgleich wird auf die ursprüngliche Höhe angehoben.

Mitteleinsatz: 100,5 Mio. Euro

3. Als Ausgleich für die in der Vergangenheit erfolgten Kürzungen und zur Verbesserung der Motivation von Polizeibeamten, Lehrkräften und anderen Landesbeamten erfolgt im Jahr 2008 eine Einmalzahlung in einem Volumen von 51 Mio. Euro. - Der mittelfristige Wiedereinstieg in die Sonderzahlungen wird im Lichte der Höhe der Steuerschätzungen geprüft.

Mitteinsatz: 47,4 Mio. Euro.

4. Das Land wird in einer Bundesratsinitiative auf ein Verbot der als verfassungsfeindlich eingestuften NPD hinarbeiten.
5. Die Ausstattung der Polizei Niedersachsen wird verbessert.

Mitteinsatz: 5 Mio. Euro.

VIII. Organisationspolitische Maßnahmen

1. Alle Landesaufgaben für die Integration von Migrantinnen und Migranten werden in der Staatskanzlei angesiedelt.
2. Die Abteilung „Raumordnung und Landesplanung“ wird als zentrales Steuerungsinstrument in die Staatskanzlei verlegt.